

Tag der Arbeit 2025

Mach Dich stark mit uns!

Yasmin Fahimi

Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Chemnitz, 01. Mai 2025

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, hier in Chemnitz mit so vielen Kolleginnen und Kollegen zu sein – das ist einfach großartig! Ich freue mich, Euch hier zu unserer zentralen Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbunds auf dem Neumarkt begrüßen zu können.

Dieser 1. Mai, das ist unser Tag! Und mit uns versammeln sich heute überall in Deutschland Menschen auf den Straßen – in Nord und Süd und in Ost und West und bis in den kleinsten Winkel der Republik – für unsere gemeinsame Sache: für Solidarität und Gerechtigkeit.

Und weil diese Kundgebung hier aus Chemnitz bundesweit an viele andere Orte übertragen wird, lasst uns die Kolleginnen und Kollegen aller Mai-Demos von hier aus lautstark herzlich grüßen: „Macht euch stark mit uns!“

Am 1. Mai machen wir lautstark sichtbar, was uns bewegt, was uns antreibt und wofür wir kämpfen.

Alle reden von Aufbruch und von Wende. Na, das haben wir schon öfters gehört. Der neuen Bundesregierung rufen wir zu, was wir darunter verstehen:

- Wir wollen ein Wirtschaftswachstum für gute Jobs und nicht noch mehr Geld für Geschäfte auf dem Rücken der Beschäftigten.
- Und gute Jobs, das sind tarifgebundene Jobs. Wir fordern unseren gerechten Anteil am Wohlstand ein. Und deswegen muss es jetzt eine echte Tarifwende in diesem Land geben, mit mehr Schutz für alle Beschäftigten.
- Und wir wollen einen Staat, der seine sozialen Versprechen hält und unseren Alltag leichter macht. Mit dem Ausbluten der Kommunen und dem Plündern der Sozialkassen muss endlich Schluss sein!

Das ist unsere klare Erwartung an die neue Bundesregierung.
Das muss die Marschroute sein für die neue Legislaturperiode.
Daran werden wir Union und SPD als erstes messen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

Krise folgt auf Krise, Strukturwandel, Globalisierung, Digitalisierung und internationale Konflikte sind die Herausforderungen unserer Zeit.

In den Regionen unserer Republik ist es unterschiedlich gelungen, diese Veränderungen zu bewältigen. Selbst innerhalb eines Bundeslandes, wie hier in Sachsen, erleben wir, wie Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen auseinanderfallen können.



Aber immer genau dann, wenn es eng wird, wenn wir eigentlich Antworten nach vorne brauchen, kommen die Ideologen aus den Mottenkisten gekrabbelt. Und immer ist es das gleiche Lied: „Wir müssen jetzt alle den Gürtel enger schnallen.“ Mit „alle“ seid ihr gemeint – nicht die Vermögenden, nicht die Eliten, nicht das Kapital.

Lohnkosten und Sozialkosten runter, länger arbeiten, krank zur Arbeit gehen, Renten kürzen, Streikrecht einschränken – das sollen die Antworten auf schwächelndes Wirtschaftswachstum, auf das Runterfahren der Produktion sein?! DAS soll Innovationen und Investitionen anreizen?!

Wir lassen uns nicht aufs Glatteis führen.

Wir haben das Gerede satt, dass die Beschäftigten nicht genug leisten. Sie sind nicht Ursache der Wirtschaftsschwäche und wir machen uns stark dafür, dass sie auch nicht die Leidtragenden werden!

Schluss mit dem Gequatsche, dass die Menschen „blau machen“, faul sind oder einfach „mehr arbeiten“ müssten. Deshalb sagen wir: „8-Stunden-Tag statt Hamsterrad!“. Darum sagen wir „Hände weg vom Arbeitszeitgesetz“!

WIR sind es gewesen, die in den letzten Jahren massiv für Wirtschafts- und Industriepolitik gekämpft haben – für Industriestrompreis und Entlastungspakete.

Während die Arbeitgeber einen Frontalangriff fahren auf soziale Rechte und den Sozialstaat, sind wir es gewesen, die um Standorte und Arbeitsplätze gekämpft haben.

Die gute Nachricht ist: wir sind dabei durchaus erfolgreich gewesen!
Schon in der vergangenen Legislatur haben wir:

- Entlastungspakete im Zuge der Hyperinflation durchgesetzt,
- Energiepreisbremsen verhandelt für Unternehmen und Verbraucher.
- Wir haben eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Verbesserungen durchgesetzt.
- Und wir sind hart am Ball geblieben, für die notwendigen haushaltspolitischen Spielräume, um endlich den Investitionsstau in Deutschland aufzulösen.

Was genau ist eigentlich der Beitrag der Arbeitgeber?! Standortschließungen und Gejammer über Arbeitskosten und Arbeitstage?! Ist das alles?!

Wir sollten in diesem Land mal mehr über die Leistungsbereitschaft der Vorstände und Geschäftsführungen reden. Wo war denn deren „Unternehmergeist“ und deren „Risikobereitschaft“ für Innovationen an den Standorten?!

Falsche Managemententscheidungen haben mit dazu beigetragen, dass unsere Wirtschaft schwächelt und Arbeitsplätze in Gefahr sind. Es war eben nicht nur die Politik, es waren auch die Chefetagen der Wirtschaft, die uns in diese Situation gebracht haben. Jetzt, wo die Rahmenbedingungen durch Investitionszusagen stehen, und die Energiekosten sinken, rufen wir euch zu:
Macht endlich euren Job, liebe Arbeitgeber!



Jetzt seid ihr dran, jetzt müsst ihr liefern. Sorgt für sichere Jobs, faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Dann sorgen die Beschäftigten mit ihrer Leistung für Wachstum und Wohlstand!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich sage euch, worum es dabei aber wirklich geht: Das ist ein Verteilungskampf! Arbeitgeber wollen mit all diesen Angriffen auf soziale Rechte und solidarische Versicherungssysteme am Ende an eure Portemonnaies. Einfach mal länger arbeiten bis zur Rente, Feiertage streichen oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall aussetzen – das alles ist nichts anderes als Lohnklau!

Diejenigen, die all das wollen, haben offenbar keine Vorstellung davon, was das für die Kassiererin, die Pflegekraft, die Handwerker oder den Schlosser in der Industrie bedeuten würde. Gesundheit und Würde des Menschen bei der Arbeit enden nicht, nur weil es mal wirtschaftlich schwierig wird. Deswegen sagen wir:

- Finger weg von den Errungenschaften, die wir hart erkämpft haben.
- Finger weg von unseren Tarifverträgen.
- Finger weg vom Arbeitszeitgesetz!

Millionen Überstunden – viele davon unbezahlt – zeigen, wie groß der Druck auf die Beschäftigten doch jetzt schon ist. Und wer unbezahlt mehr arbeitet, dem wird damit ein Teil seines Lohns gestrichen. So einfach ist das.

Außerdem ist Arbeitszeit gleich Lebenszeit. Und das Arbeitszeitgesetz ist ein Schutzgesetz, das vor Überforderung schützen soll. Schon jetzt können danach bis zu 60 Stunden in der Woche gearbeitet werden. Wieviel mehr darfs denn sein, wenn es nach den Arbeitgebern geht?! Sollen dann zukünftig 13h-Schichten der neue Standard werden?! Sollen die unzumutbaren Verhältnisse bei den Subunternehmern im Paktdienst jetzt legalisiert werden?!

Es kann nicht sein, dass unbegrenzte Überstunden selbstverständlich sind und Feiertage gestrichen werden, während Manager weiter Boni kassieren. Diese Debatte ist respektlos!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Und lasst euch auch nicht erzählen, dass die Deckelung von Sozialversicherungsbeitragen eine Entlastung für euch wäre. Damit spart nur der Arbeitgeber seinen Beitrag aus der bisher gleichberechtigt finanzierten Sozialversicherung. IHR werdet es teuer mit mehr Eigenleistungen im Gesundheitswesen oder Abstrichen bei der Rente bezahlen müssen.

Was die Sozialversicherungen brauchen, ist endlich ein angemessener steuerlicher Ausgleich versicherungsfremder Leistungen. Was die gesetzliche Rentenversicherung braucht, sind mehr Einzahler – dafür müssen vor allem die Selbstständigen endlich zu Pflichtversicherten werden.



Ihr alle arbeitet hart für eure Renten, viele von Euch bis an die Grenze eurer Belastbarkeit. Und ihr habt ein Recht darauf, dass Eure Lebensleistung anerkannt wird. Das gilt genauso für eure Kinder und Enkel. Deswegen fordern wir eine dauerhafte Stabilisierung des Rentenniveaus auf mindestens 48%!

Eure Rente ist kein Geschenk – sie ist hart erarbeitet! Sie darf nicht permanente Verhandlungsmasse der Politik sein, um öffentliche Haushalte zu sanieren! Und wer keine Betriebsrente bezieht, mangels eines vorhandenen Tarifvertrags, der ist erst recht auf eine gute gesetzliche Rente angewiesen.

Das sind gerade hier im Osten sehr viele Menschen. Und wir wollen auch keine Rente, die an den Börsen verzockt werden kann! Wir werden uns mit aller Kraft gegen den Irrsinn wehren, relevante Teile der Altersvorsorge den Kapitalmärkten auszuliefern.

Wohin das führt, haben wir in den letzten Wochen gesehen. Schaut euch an, was in den USA mit den Pensionsfonds passiert – mit einem wahnsinnigen Präsidenten, der mit den Märkten spielt wie auf seinem Golfplatz.

Renten dürfen kein Spielball für Finanzjongleure sein! Deshalb sagen wir laut und deutlich: „Sichere Renten statt Zocken an der Börse!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aber ich will euch nichts vormachen: die Zeiten werden nicht unbedingt einfacher werden. Wir werden für unsere Konzepte und Ideen kämpfen müssen - in den Betrieben, in Tarifverhandlungen und gegenüber der Politik. Was wir wollen, ist ganz einfach.

Wir alle wollen gute Arbeit, faire Löhne, soziale Sicherheit und eine Zukunft, die uns und unseren Kindern verlässliche Lebensperspektiven bietet. Das ist kein Widerspruch zu Wirtschaftswachstum, sondern im Gegenteil: es ist eine Voraussetzung für eine gesunde Volkswirtschaft. Wir brauchen die Rückkehr zu stabilem, qualitativem Wachstum und Strategien für Beschäftigungssicherung.

Wir brauchen schnelle und wirksame Antworten auf die Konjunkturschwäche und Strukturkrise. Wir brauchen Antworten auf Donald Trump und Elon Musk, die gerade die Weltwirtschaft mit einem aggressiven Handelskrieg in die tiefste Krise der Nachkriegsgeschichte reißen.

Diese unberechenbare Egomane von Donald Trump und seinen Big-Tech-Oligarchen schneidet auch der amerikanischen Wirtschaft tief ins Fleisch. Es wäre schon hilfreich, wenn Kapitalgeber jetzt endlich berücksichtigen, dass soziale Stabilität und Rechtssicherheit echte, kaum zu überschätzende Standortfaktoren sind.

Die Antwort auf „America first“ kann nur lauten „Europe united“! Wir müssen mit dieser gemeinsamen Kraft und mit Solidarität – auf den brutalen Egoismus reagieren, mit dem andere ihre wirtschaftlichen Einzelinteressen verfolgen. Wir lassen uns von BigTech-Oligarchen nicht auseinanderdividieren! Und eine Trump-light-Politik braucht kein Mensch.



Wir brauchen dagegen eine Bundesregierung,

- die jetzt eine Investitionsoffensive in Deutschland startet, insbesondere im Bereich Bahn und Verkehr.
- die jetzt für eine Sanierung der Schulen und die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen sorgt.
- die jetzt die Weichen für Elektromobilität stellt, E-Autos für alle fördert und ein flächendeckendes Netz an Ladestationen sicherstellt.
- und am besten morgen schon einen für alle Verbraucher bezahlbaren und für die Unternehmen wettbewerbsfähigen Strompreis in ganz Deutschland schafft.

Wenn das alles kommt, Kolleginnen und Kollegen, dann kann das einen Wachstumsimpuls auslösen, der nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa die Konjunktur wieder in Schwung bringen kann. An einem solchen sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung arbeiten wir gerne mit. Was wir nicht mitmachen, sind Klientelgeschenke an einzelne Unternehmen auf Kosten guter Arbeit und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen. Deswegen muss jede Wirtschaftsförderung, jede Standortansiedlung, jede Investitionsprämie gebunden sein an Zusagen. Zusagen für langfristige Beschäftigung und Standorttreue.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen fallen eben nicht vom Himmel. Es ist kein Zufall, dass in Regionen mit extrem niedriger Tarifbindung der Anteil an Beschäftigten im Niedriglohnbereich besonders hoch ist.

Und wisst ihr was?! Bei Vollzeitbeschäftigten beträgt die Entgeltlücke zwischen Ost und West immer noch 19% - das sind umgerechnet 70 Arbeitstage! Und auch innerhalb Sachsens beträgt der Unterschied zwischen tarifgebundener und ungebundener Bezahlung 700€ im Monat!

Vergleicht man aber die Tariflöhne zwischen Ost und West, ist uns gemeinsam inzwischen eine weitgehende Angleichung von 98% gelungen.

Was sagt uns das?!

1. Arbeitgeber haben immer noch nicht begriffen, dass sie mit Billiglöhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen keine Fachkräfte gewinnen können.
2. Sachsen braucht, ebenso wie der Bund und alle anderen Bundesländer endlich ein echtes Tariftreuegesetz, damit öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden. Schluss mit Steuergeld für Tarif- und Sozialdumping!
3. An alle Beschäftigten dort draußen: Ihr könnt etwas gegen ungerechte Löhne tun – macht euch stark mit uns!



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit und fairer Lohn fallen eben nicht vom Himmel. Sie müssen erkämpft werden. Und das geht nur, wenn die Beschäftigten eine starke Stimme haben – im Betrieb und in der Gesellschaft. Unsere Kollegin Anke Schröter, die seit über 25 Jahren in der Lebensmittelproduktion arbeitet – hier in Sachsen, bei Teigwaren Riesa, sie ist eine solche starke Stimme. Nach der Wende wurden die Arbeitsbedingungen im Unternehmen immer schlechter: immer mehr befristete Jahresverträge und Urlaubskürzungen. Doch Anke und ihre Kolleginnen und Kollegen haben sich gewehrt. Sie haben einen Betriebsrat gegründet und damit den ersten Schritt zu fairen Arbeitsbedingungen gemacht. Anke sagt: „Einer allein geht unter. Aber zusammen können wir viel erreichen!“. Besser kann man es nicht zusammenfassen.

Der Betriebsrat sorgt dafür, dass Gesetze, Tarifverträge und Regeln nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch durchgesetzt werden. Der Betriebsrat kann mitreden, wenn es um Arbeitszeiten, Urlaub oder Homeoffice geht; bei Einstellungen, Entlassungen und Umstrukturierung des Betriebs. Das ist Demokratie! Und es ist ein Skandal, dass Arbeitgeber in Deutschland ungestraft gegen Betriebsräte vorgehen können!

Wer Betriebsräte behindert, greift Grundrechte der Beschäftigten an. Kolleginnen und Kollegen, die sich für Betriebsräte einsetzen, haben mehr Schutz verdient. Betriebsratsbehinderung muss endlich konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Auch daran werden wir die neue Koalition und ihr Regierungshandeln messen. Mitbestimmung ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Südwestsachsen ist ein industrielles Kraftzentrum – mit VW in Zwickau und Chemnitz, starken Zulieferern und dem hochmodernen Maschinenbau. Diese guten Arbeitsplätze müssen gesichert und zukunftsfest gemacht werden.

Aber die Region – so wie ganz Deutschland – steckt mitten im massiven Strukturwandel – und der gelingt nur mit einer besseren Industriepolitik, die Beschäftigte und Unternehmen mitnimmt.

Investitionen in diesen Strukturwandel zu stützen ist richtig.

Aber Subventionen müssen an Tarifbindung und Standorttreue gekoppelt werden.

Aber es müssen auch die Beschäftigten mitgenommen werden. Was heißt dieser Wandel für jeden einzelnen Arbeitsplatz? Welche Potentiale für neue Arbeitsplätze gibt es in der Region?

Gute Ansätze wie das Transformationsnetzwerk ITAS oder der neue Masterplan Südwestsachsen sind wichtige Schritte. Aber klar ist: Die Gewerkschaften müssen auf Augenhöhe mitreden – denn nur die Mitbestimmung garantiert sichere Arbeitsplätze!

Und für unser ganzes Land gilt: Transformation kann nur gelingen, wenn wir Innovation und Erneuerung aus der Praxis heraus denken. Abstrakte Ziele allein bringen uns nicht weiter. Und Preissignale allein drohen nur zu verdrängen, anstatt zu erneuern. Jetzt dürfen wir nicht auf halbem Weg stehen bleiben, sondern müssen pragmatisch die Modernisierung voranbringen. Und das geht nicht ohne konkrete Perspektiven für die Beschäftigten. Das geht nicht ohne feste Zusagen beim Umbau der Energiestandorte, der Kraftwerksstrategie, der Investitionsanreize für Digitalisierung und Ansiedlungshilfen für Zukunftstechnologie.



Wir brauchen also Investitionen – in öffentliche Infrastruktur, in Bildung, in Klimaschutz und Erneuerung unserer Wirtschaft. Die Entscheidung, das Grundgesetz zu ändern, um finanziellen Spielraum für überfällige Zukunftsinvestitionen zu schaffen, war richtig und notwendig. Wir fordern das seit Jahren. Und jetzt haben wir es auch endlich durchgesetzt!

Doch nun müssen diese Mittel auch sinnvoll eingesetzt werden – für eine gerechte Transformation, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt und nachhaltige Arbeitsplätze schafft. Nicht weniger fordern wir von Politik und Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich zum Schluss – hier auf dem schönen Neumarkt – noch etwas dazu sagen, dass Chemnitz Kulturhauptstadt Europas 2025 ist! Ihr setzt ein starkes Zeichen: für Aufbruch, für Vielfalt und für die Kraft der Gemeinschaft. Als gebürtige Hannoveranerin – Hannover war ja auch mit im Wettbewerb – kann ich nur sagen „Chapeau“.

Mit vielen wunderbaren Projekten zeigen die Chemnitzer, wie sich eine Stadt öffnen und zugleich die Alltagswelten der Menschen sichtbar machen kann. Allein beim Projekt, das die rund 30.000 Garagen hier in der Stadt in den Mittelpunkt rückt. Diese Garagenhöfe – von denen viele bereits zu DDR-Zeiten in Eigenleistung erbaut wurden – werden als Rückzugsräume, Werkstätten und Orte der Begegnung im Alltag der Menschen neu entdeckt.

Kultur entwickelt sich eben nicht nur in großen Theatern oder Museen, sondern immer auch dort, wo Menschen zusammenkommen, gemeinsam gestalten und ihre Ideen verwirklichen. Chemnitz ist damit nicht nur Kulturhauptstadt Europas, sondern wird zum Sinnbild für Zusammenhalt und Aufbruch – für den Geist, der auch unseren Tag der Arbeit ausmacht!

Das ist es, was wir auch im Betrieb leben wollen: Den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Unabhängig von sozialer oder nationaler Herkunft ein solidarisches Miteinander auf Augenhöhe. Und mit Kreativität und dem Willen, das Leben besser – lebenswerter – zu machen, etwas verändern.

Eine gerechte Wirtschaft bedeutet, dass Menschen nicht bloß Zahlen sind. Dass die Wirtschaft nicht nur Gewinne erwirtschaftet, sondern Wohlstand für alle schafft. Ein starker Sozialstaat bedeutet mehr als nur die Absicherung von Lebensrisiken. Vielmehr sorgt er auch für eine gute Gesundheitsversorgung, bezahlbaren Wohnraum und gleiche Bildungschancen für alle.

Die Herausforderungen sind groß. Aber gemeinsam können wir viel bewegen und die Welt verändern. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Arbeit wieder den Respekt erhält, den sie verdient. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass der Sozialstaat gestärkt wird, dass Arbeitszeit und Lohn gerecht gestaltet werden und dass niemand zurückgelassen wird.

Deshalb rufe ich allen zu: „Mach dich stark mit uns!“